



Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung

Vorlage Nr.	BV-037/2017	öffentlich	Datum
Bearbeiter	Herr Schulz		13.04.2017
Einreicher	Bürgermeisterin, Amt für Ortsentwicklung		

Betreff:

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 140 "Dahmeweg" - Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Beratungsfolge:			
Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Ö	25.04.2017	Ausschuss für Ortsentwicklung und Infrastruktur	Vorberatung
Ö	11.05.2017	Hauptausschuss	Vorberatung
Ö	24.05.2017	Gemeindevertretung	Entscheidung

Rechtsgrundlagen:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722)
- Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) Vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32])

Begründung:

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 140 "Dahmeweg" erfolgte die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB vom 04.06 bis 26.06.2015 nach ortsüblicher öffentlicher Bekanntmachung vom 27.05.2015 anhand von Ausführungen und Darstellungen zu den Planungsintentionen und -inhalten, Stand 06/2015. Es gingen zwei Stellungnahmen von Bürgern ein.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 3 Abs. 2 BauGB parallel mit Anschreiben der Gemeinde vom 03.06.2015 beteiligt. Von den 27 angeschriebenen Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich 20 mit Stellungnahmen zurückgemeldet, wobei von einigen geäußert wurde, dass die zu vertretenden Belange nicht betroffen sind. Wesentliche vorgebrachte Belange, die in der Abwägung zu behandeln sind, betreffen die zu ersetzende Trafostation im Plangebiet und die Sicherung einer Wendemöglichkeit für Müllfahrzeuge im Dahmeweg. Nach Eingang der Stellungnahmen erfolgten weitere Abstimmungen mit der E.DIS AG zum Trafostandort im Plangebiet. Außerdem wurde im Auftrag der Gemeinde eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt (August 2015), deren Ergebnisse in den Entwurf des Bebauungsplanes, Stand 01/2016 eingearbeitet wurden.

Mit den Informationsvorlagen IV-025/2016 und IV-026/2016 wurde in der Beratung im Ausschuss für Ortsentwicklung und Infrastruktur am 07.03.2016 über die Behandlung der Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungsverfahren und über den Entwurf des Bebauungsplanes, Stand 01/2016 informiert und beraten.

Die öffentliche Auslegung zum Entwurf des Bebauungsplanes, Stand 01/2016 fand vom 27.07. bis 26.08.2016 nach ortsüblicher öffentlicher Bekanntmachung vom 19.07.2016 statt. Parallel wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, durchgeführt (Anschreiben der Gemeinde vom 26.07.2016 an 17 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange). Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gingen 4 Stellungnahmen und im Rahmen der Behördenbeteiligung gingen 12 Stellungnahmen ein, die in der Abwägung zu behandeln sind.

In der in der Anlage beigefügten Übersicht sind die in beiden Verfahrensschritten (frühzeitige und formelle Beteiligung) eingegangenen Stellungnahmen und die Vorschläge für die Abwägung dargestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt über die in der Anlage zusammengestellten Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Laufe des Planverfahrens der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 140 "Dahmeweg" eingegangen sind (frühzeitige Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie formelle Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB).

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Anlage/n:

Übersicht zur Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen und der formellen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Im Ausschuss für Ortsentwicklung und Infrastruktur beraten und empfohlen am: 25.04.2017

In der Sitzung des Hauptausschusses beraten und empfohlen am: 11.05.2017

In der Sitzung der Gemeindevertretung beraten und beschlossen am: 24.05.2017